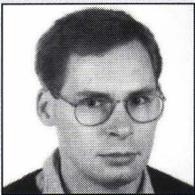


Lernortkooperation als Innovationsstrategie für das duale System der Berufsausbildung

Ergebnisse eines Modellversuchs
zur Institutionalisierung von Lernortkooperation

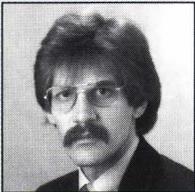
Ottmar Döring

Dr., Diplom-Sozialwirt, bfz
Bildungsforschung in Nürnberg



Gerhard Stark

Diplom-Pädagoge, wiss.
Mitarbeiter am Institut
für sozialwissenschaftliche
Beratung (isob) in Regensburg



Über die zukünftige Gestaltung des dualen Systems der beruflichen Ausbildung wird zwar heftig diskutiert, Konsens besteht jedoch darüber, daß Innovationen nötig sind, um seine Funktionalität zu sichern. Im vorliegenden Beitrag werden die konstitutiven Elemente einer Institutionalisierung von Lernortkooperationen vorgestellt, die Lernortkooperationen selbst zum Motor beständiger Innovationen im dualen System entwickeln sollen.

Innovationen können sich nicht auf vereinzelte und einmalige Maßnahmen beschränken: Veränderungen in der Arbeitswelt und die ständige Zunahme von Informationen stellen z. B. eine bleibende Herausforderung an das duale System dar. Innovationen müssen daher kontinuierlich erfolgen.

Lernortkooperationen (siehe Kasten) können ein wichtiges Instrument zur Erzeugung kontinuierlicher Innovationen sein. Diese Funktion konnten sie aber bisher nicht erfüllen, da sie in der Regel nur punktuell erfolgten. Als mitverantwortlich dafür gilt die rechtlich bedingte institutionelle Trennung der Lernorte. Die klassischen formalen Schnittstellen zwischen den beiden Partnern im dualen System sind das Berufsbildungsgesetz bzw. die Handwerksordnung sowie die Schulgesetze der Länder. Da diese Schnittstellen auf vorab definierte Funktionen eingegrenzt sind und andere Kontakte weder verlangen noch fördern, fungieren sie eher als Kontrollinstanz denn als Stimulus für Innovation.¹ Derartige

Schnittstellen sind erfolgreich in der Sicherung von Prozessen, die auf langfristiger Planung beruhen, in Zeiten stabiler kontinuierlicher Entwicklung, offenbaren ihre Schwächen aber in Zeiten des Umbruchs, des beschleunigten Wandels und des Innovationsbedarfs.²

Modernisierung und Lernortkooperation

Die duale Berufsausbildung soll heute wegen der veränderten betrieblichen und gesellschaftlichen Anforderungen flexibler, ökonomischer und individueller gestaltet werden. Aufgrund dieser Ansprüche an das duale System entwickeln Betriebe und Berufsschulen zunehmend ein Interesse an der Neugestaltung ihrer Kooperationsbeziehungen.³ Zur Ausweitung und Intensivierung müssen sie allerdings selbst die Kooperationen initiieren und gestalten. Sie haben dann die Chance, neue Schnittstellen zu schaffen, die einen offenen Austausch von Interessen, Wissen und Materialien sowie die Bearbeitung gemeinsamer Probleme und die Entwicklung gemeinsamer Vorhaben ermöglichen. Hier setzt der Modellversuch „Verbesserung der Kooperation zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben im dualen System der Berufsausbildung (kobas)“⁴ an. Berufsschulen und Ausbildungsbetriebe werden als zwei unterschiedliche Bezugssysteme begriffen, an deren Schnittstelle Koproduktion von Innovation systematisch entstehen kann, wenn eine entsprechende Gestaltung der Schnittstelle ermöglicht wird.

Unter Lernortkooperation wird hier die Kooperation – Information, Abstimmung oder Zusammenwirken – zwischen verschiedenen Partnern (Berufsschule, Ausbildungsbetriebe und überbetriebliche Ausbildungseinrichtung) im dualen System der Berufsausbildung verstanden. Der Begriff Lernort wird mit der jeweiligen Ausbildungsstätte belegt. Die Differenzierung von Lernorten innerhalb ein und derselben Ausbildungsstätte bleibt hier ohne Belang.⁵

Institutionalisierung von Lernortkooperationen bezeichnet die Verstetigung entwickelter Kooperationsbeziehungen zwischen den Lernorten respektive Partnern im dualen System der Berufsausbildung. Als organisatorische Grundlage dieser Verstetigung dient eine Kooperationsstelle. Diese besteht aus mindestens einer lernortübergreifenden Arbeitsgruppe; ihr gehören an: Berufsschullehrer, betriebliche Ausbilder, die Modellversuchsträger sowie die wissenschaftliche Begleitung, darüber hinaus (regional unterschiedlich) u. a. Schülervertreter, Vertreter von überbetrieblichen Bildungseinrichtungen, Kammern, Innungen, Verbänden, Gewerkschaften und Bezirksregierungen.

Lernortkooperation realisiert werden sollen, sondern die Lernortkooperation selbst soll zum Motor beständiger Innovationen werden. Dazu müssen zwei Bedingungen erfüllt sein: Wenn Lernortkooperationen Innovationen hervorbringen sollen, müssen sie von den Akteuren gewollt und getragen werden. Ausbilder und Berufsschullehrer sind die Experten, die sowohl Schnittstellen als auch die Innovationen selbst gestalten müssen. Dies begründet den Bottom-up-Ansatz in kobas.

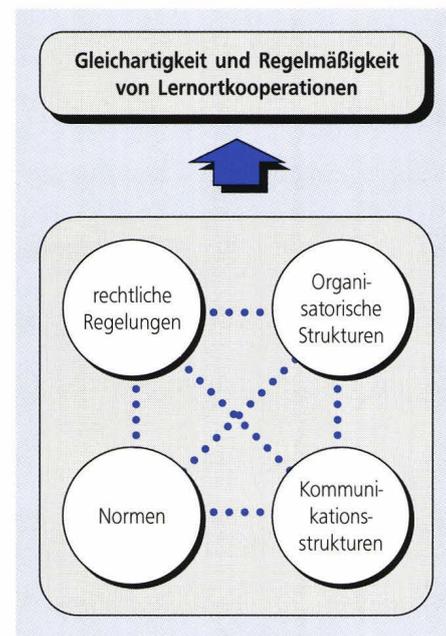
Zum andern müssen die Kooperationen eine Gleichartigkeit und Regelmäßigkeit entwickeln, d. h., es geht um eine Institutionalisierung⁷ der Lernortkooperation, um den Aufbau einer Kooperationskultur. Nur wenn diese beiden Bedingungen erfüllt sind, können Kooperationen dauerhaft zur Flexibilität des dualen Systems beitragen. Als Entwicklungsinstrument des Modellversuchs wurden dafür Kooperationsstellen durch die Modellversuchsträger initiiert. Damit steht die Konzipierung, Ausgestaltung und Institutionalisierung von Schnittstellen zwischen den Subsystemen Berufsschule und Ausbildungsbetrieb, die zur Optimierung der Ausbildungspraxis beitragen, im Zentrum von kobas.

Elemente einer Institutionalisierung von Lernortkooperationen

Institutionalisierung von Kooperationen bezieht sich auf vier Faktoren, die sich wechselseitig bedingen und unterschiedlich ausgeprägt sein können (Abb. 1):⁸

- Kommunikationsstrukturen (z. B. Innovationsklima ohne Sanktionen),
- Normen (z. B. Verankerung von Lernortkooperation als Kernaufgabe im Bewußtsein der Akteure),
- organisatorische Strukturen (z. B. institutionelle Anbindung, Arbeitsformen),
- rechtliche Regelungen (z. B. Freistellung von Lehrern).

Abbildung 1: Elemente einer Institutionalisierung von Lernortkooperationen



Kommunikationsstrukturen

Als tragfähige Grundlage der Kommunikation und Interaktion in den Kooperationen haben sich einige Merkmale der Kommunikationsstrukturen ergeben:

Kommunikationsprozesse in den Kooperationsstellen müssen auf der *Gleichberechtigung der Kooperationspartner* beruhen. Dies gilt zum einen für das Verhältnis zwischen der betrieblichen und der schulischen Seite: keiner der Partner darf Forderungen stellen, die die andere Seite als Bedingung erfüllen bzw. umsetzen muß. Dies trifft ebenso auf die Zusammensetzung der Partner selbst zu, beispielsweise im Verhältnis zwischen größeren und kleineren Betrieben oder zwischen mehreren Berufsschulen, die an einer Kooperation beteiligt sind.

Darüber hinaus sind hier die internen Kommunikationsstrukturen in Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben angesprochen. Wenn Kooperation Innovationen hervorbringen soll, müssen die Kommunikations- und Entscheidungsprozesse partizipationsorientiert gestaltet werden, und die Zusammenarbeit muß *freiwillig* erfolgen.

Die meisten bisherigen Modellvorhaben zur Lernortkooperation zeichnen sich dadurch aus, daß ein bestimmter Gegenstand oder eine Lehr-Lern-Methode im System der dualen Ausbildung neu, anders oder zum ersten Mal aufgegriffen und in das System integriert werden soll.⁶ Die Kooperation der Lernorte Berufsschule und Betrieb ist dort Erprobungsfeld für eine jeweils bestimmte Innovation und wird insofern Gegenstand von Optimierungsüberlegungen.

Im Unterschied dazu will kobas nicht bestimmte Innovationen vorgeben, die durch

Die darauf basierenden Kommunikationsstrukturen sind an den Standorten von kobas zwar unterschiedlich, zielen aber alle auf Kontinuität. Es wurden z. B. an verschiedenen Kooperationsstellen Phasenkonferenzen mit Ausbildern und Berufsschullehrern jeweils zum Ende von einzelnen Ausbildungsabschnitten (z. B. jeweils nach Blockunterricht oder vor Ablauf der Probezeit) vereinbart, wo Fragen und Probleme erörtert und Lösungsansätze entwickelt werden (z. B. Leistungsstand der Auszubildenden und erforderliche Fördermaßnahmen für Leistungsschwächere, vorzeitige Prüfung). Die Regelmäßigkeit der Kommunikation ermöglicht nicht nur eine kontinuierliche wechselseitige Information über Disziplin, Motivation und Leistung der Auszubildenden, sondern erleichtert auch Abstimmungsprozesse der Ausbildungsorganisation (z. B. die Koordination von gemeinsamen Ausbildungsvorhaben).

Beteiligte der Lernortkooperation sind vor allem die Betroffenen (Berufsschullehrer, Ausbilder und Auszubildende). Aus ihrer Detailkenntnis der Mängel und Probleme des dualen Systems kennen sie Ansatzpunkte, an denen Änderungen am vordringlichsten sind oder an denen sie sich lohnen. Sie können die Tragweite von Änderungen in der Umsetzung und entgegenstehende Beschränkungen sachkundig abschätzen. Sie müssen aber auch für die Akzeptanz der Innovationen in ihrer Organisation sorgen, und sie sind für die Umsetzung letztlich verantwortlich. Um verbindliche Entscheidungen im Konsens zu erreichen, muß jedoch die systematische Beteiligung von Kammern und Schulaufsichtsbehörden ein wesentlicher Bestandteil der Kommunikationsstruktur sein.

Innovationen erfordern also die *aktive Teilnahme aller Akteure* an der Kommunikation im Kooperationsfeld. Gerade durch die Konfrontation der unterschiedlichen Denksätze, Interessen und Standpunkte von Lehrern, Ausbildern und Schülern entsteht ein Klima,

das Innovationen ermöglicht. Dabei müssen Freiräume ohne eine ständige Ergebniskontrolle geschaffen werden, in denen die Beteiligten nicht nur arbeiten, sondern auch nachdenken können.

Normen

An den Standorten von kobas gibt es zwar ein reges Interesse von Ausbildern und Lehrern an der Verbesserung von Lernortkooperationen, allerdings muß zur Herausbildung eines gemeinsamen Normensystems für eine tragfähige Kooperation eine Reihe von Problemen bewältigt werden.

Zunächst sind die Kooperationspartner mit unterschiedlichen Normen, Strukturen und Funktionen ihrer jeweiligen Bezugssysteme konfrontiert. Bei den Betrieben steht ihr Geschäftszweck und ihr wirtschaftliches Ziel im Vordergrund; die Ausbildung hat sich dem und den damit verbundenen betrieblichen Organisationsstrukturen unterzuordnen, während die Wissensvermittlung der Zweck der Berufsschulen ist, der von ihrer Stellung als Institution des öffentlichen Bildungswesens mit gesetzlichem Bildungsauftrag und pädagogischen Prinzipien geprägt ist.⁹

Die davon beeinflussten unterschiedlichen Standpunkte und Interessen der Beteiligten und der von ihnen vertretenen Einrichtungen und Organisationen können zwar Quelle für wechselseitige Ansprüche und Verdächtigungen einer Instrumentalisierung der Lernortkooperation sein; zugleich bilden sie jedoch den Ausgangspunkt und eine bleibende Grundlage der Kooperation. Allerdings darf die Identität der Partner nicht wechselseitig in Frage gestellt werden. Es kommt darauf an, gerade das Spannungsfeld der unterschiedlichen Interessen für eine Koproduktion von Innovation zu nutzen.¹⁰

Für die Initiierung von Lernortkooperationen ist es daher zum einen wichtig, unterschiedli-

che Interessen transparent zu machen; Interessenkollisionen gibt es nicht nur zwischen Berufsschule einerseits und den Ausbildungsbetrieben andererseits, sondern bei einigen Themen vor allem zwischen verschiedenen Betrieben. Zum anderen müssen gemeinsame Interessen ausgelotet werden.

Spannungsfeld unterschiedlicher Interessen für Innovationen nutzen

Es gibt eine Reihe von Themen und Formen der Kooperation wie z. B. zeitliche Abstimmung von Ausbildungs- und Unterrichtszeiten, regelmäßige Arbeitstreffen, Betriebspraktika für Lehrer, die sowohl von Betrieben als auch von Berufsschulen für die Zukunft gewünscht werden.¹¹

Im Rahmen einer kleinschrittigen Strategie, d. h. aus ihren Erfahrungen mit verschiedenen Kooperationsaktivitäten, können dann die Akteure ein gemeinsames Grundverständnis für die Kooperation entwickeln. Sie müssen ihren lernortbezogenen Blickwinkel aufgeben und Optimierungsfragen der Ausbildung für das duale System als Ganzes bearbeiten. Die Zusammenarbeit von Lehrern und Ausbildern muß als Kernbestandteil ihrer Arbeit Inhalt ihres gemeinsamen didaktisch-methodischen Kooperationsverständnisses werden.

Organisatorische Strukturen

Lernortkooperationen brauchen für ihre Verstetigung Gerüste, welche die Bedingungen für die Kommunikation und Kooperation der Akteure bereitstellen und fördern. Dazu wurden im Modellversuch kobas Kooperationsstellen eingerichtet und mit organisatorischen Strukturen ausgestattet, die eine kontinuierliche Zusammenarbeit unterstützen.

Zentrales Kennzeichen solcher Organisationsstrukturen ist die *institutionelle Anbindung* der Kooperationsstellen. Diese bestimmt sich durch zwei Merkmale: zum einen durch eine „Ankerinstitution“ als organisierendes Zentrum (z. B. Großbetrieb, Berufsschule oder Bildungsträger), zum anderen durch die spezifischen Funktionen der Ankerinstitution. Je nach Ausprägung beider Merkmale ergeben sich unterschiedliche Strukturen der Kooperationsstellen.

An den meisten Standorten weist die Kooperationsstelle eine Sternstruktur auf; Kooperationen werden hier bisher häufig über die Berufsschule als Ankerinstitution moderiert und koordiniert. Außerdem sollen Modelle mit einem Bildungsträger sowie einer Einrichtung der Wirtschaft als Ankerinstitution erprobt werden. Die Organisationsform mit einer festen Ankerinstitution bietet sich vor allem bei kleinbetrieblich geprägten Strukturen an, wo strukturelle Probleme (z. B. häufig wechselnde Ansprechpartner, Überlastung der für die Ausbildung zuständigen Betriebsinhaber) die Kontinuität der Kooperation gefährden können. Für eine breitere Regionalisierung wird im Städtedreieck Erlangen-Fürth-Nürnberg eine Netzstruktur mit mehreren Berufsschulen als Ankerinstitution erprobt, die sich die Aufgaben nach ihren spezifischen Stärken aufteilen.

Als Kooperationsgremien wurden an allen Standorten lernortübergreifende Arbeitsgruppen eingerichtet, die als Plenen und Unterarbeitskreise organisiert sind. Das *Plenum* stellt den Kooperationsbedarf fest und definiert die Ziele. Hier werden allgemeine Informationen ausgetauscht, die Aktivitäten geplant und die Einzelaktivitäten wieder zusammengeführt; hier sind alle Kooperationsbeteiligten vertreten. Die *Unterarbeitskreise* bearbeiten spezifische Themen und sind daher vorwiegend mit Lehrern und Ausbildern besetzt. Als weitere Arbeitsform wurden an verschiedenen Standorten *Projektgruppen* eingerichtet, die für die Konzipierung und

Realisierung lernortübergreifender Projekte verantwortlich sind. Bei Kooperationsstellen mit vielen Teilnehmern hat sich zusätzlich ein „geschäftsführender“ *Lenkungsausschuß* als nützlich herausgestellt.

Die für den Aufbau von Organisationsstrukturen notwendigen Ressourcen stehen allerdings bisher nur in geringem Umfang zur Verfügung. Daher mußten zur Finanzierung von Geräten für Projektarbeit oder gemeinsamen Fortbildungen von Lehrern und Ausbildern Mittel durch Sponsoring oder über Förderkreise akquiriert werden.¹²

Rechtliche Regelungen

Bestehende rechtliche Rahmenbedingungen wie z. B. Prüfungsbestimmungen oder fehlende Entscheidungskompetenzen von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen lassen den Akteuren manchmal relativ wenig Freiräume für innovative Entwicklungen. Andererseits hat sich im Modellversuch kobas gezeigt, daß vorhandene Spielräume nicht immer systematisch genutzt werden.

Kreativität und die Entwicklung neuer Ideen werden behindert, wenn sie zu praktischer Wirkungslosigkeit verurteilt sind. Lernortkooperationen werden nur dann kontinuierlich Innovationen hervorbringen, wenn sie mit einer Dezentralisierung von Verantwortungen und Entscheidungen einhergehen. Voraussetzung für die Gewährung von Handlungsspielräumen für die Akteure (z. B. Verschiebung von Ausbildungsinhalten zwischen den Jahrgangsstufen) ist jedoch die Einbeziehung der zuständigen Kammer und der Bezirksregierung als Schulaufsicht in die Entscheidungsfindung vor Ort.¹³

Lernortkooperationen hängen heute noch erheblich vom persönlichen Engagement der beteiligten Lehrer und Ausbilder ab. Dies gilt insbesondere auch für die organisatorischen Arbeiten, die für die Funktionsfähigkeit einer

Kooperationsstelle nötig sind und nach den bisherigen Erfahrungen oft zu großen Teilen von den Berufsschulen getragen werden. Zusätzliche Anrechnungsstunden oder Freistellungen für Lehrer gelten aber derzeit aufgrund der angespannten öffentlichen Haushalte nicht als möglich.

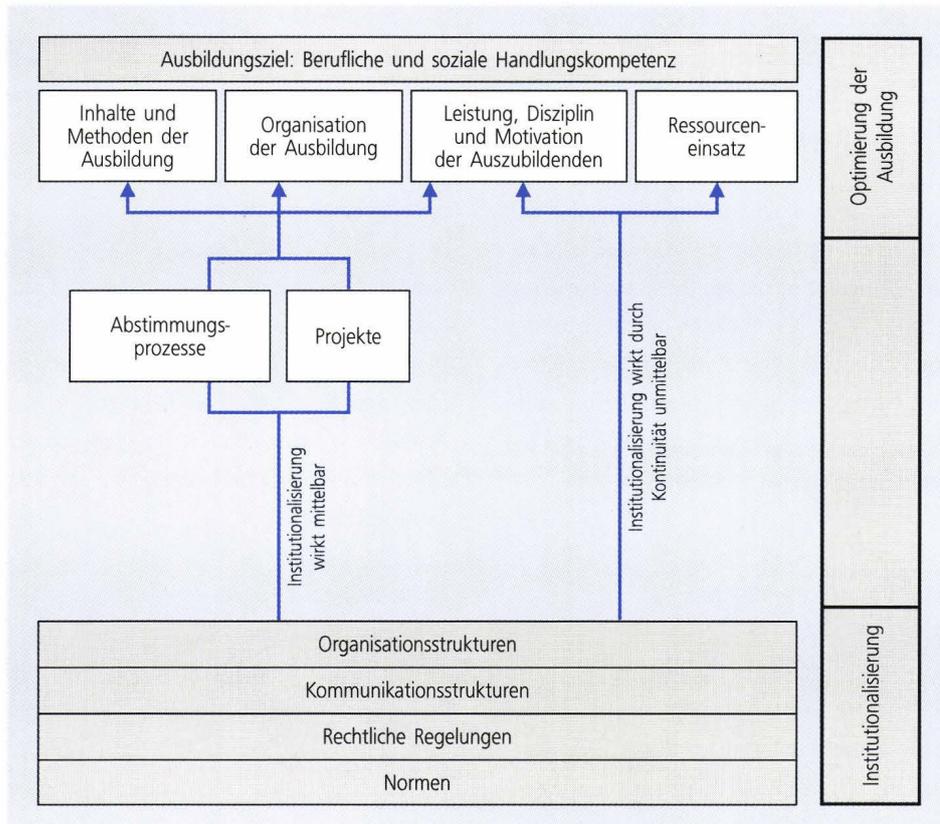
Sowohl Fragen eines notwendigen Finanzetats für Kooperationsstellen als auch der gemeinsamen Nutzung von Ressourcen innerhalb der Kooperationsstelle sind für die Schulseite von rechtlichen Regelungen und Mittelzuweisungen abhängig, die bislang nicht geklärt sind.

Schließlich determinieren Prüfungsregelungen Entscheidungen über Inhalte und Organisation der Ausbildung, scheinen aber zum Teil weder den Bedürfnissen der Betriebe noch den pädagogischen Prinzipien der Berufsschulen bei der Unterrichtsgestaltung zu entsprechen. Ganze Teile der Ausbildung dienen faktisch lediglich der Prüfungsvorbereitung, ohne zugleich die berufliche Handlungskompetenz zu fördern. Auch aus der Notengebung resultieren Schwierigkeiten für Lehrer, wenn sie Projektarbeiten in Gruppen entwerfen: die Ergebnisse der Projektsequenzen können weder einzelnen Fächern noch bestimmten Schülern eindeutig zugeordnet werden.

Funktionen institutionalisierter Kooperationen im Hinblick auf eine Modernisierung des dualen Systems

Ziel des Modellversuchs ist, Lernortkooperationen zur beständigen Quelle von Innovationen im dualen System der beruflichen Ausbildung zu machen. Die Modernisierung ist letztlich daran zu messen, wie und inwieweit sie eine Optimierung der beruflichen Ausbildung hervorbringt, so daß die Auszubildenden das Ausbildungsziel einer beruflichen

Abbildung 2: Wirkungen einer Institutionalisierung von Lernortkooperationen



und sozialen Handlungskompetenz erreichen (Abb. 2).

Die skizzierten Elemente der Institutionalisierung von Lernortkooperationen stecken zunächst nur den strukturellen Rahmen ab und stellen Voraussetzungen und Instrumente für die Schaffung von Stabilität und Kontinuität der Kooperationen bereit. Für eine Weiterentwicklung der Lernortkooperationen zum Motor kontinuierlicher Innovation muß der Strukturaspekt der Institutionalisierung um eine Prozeßkomponente ergänzt werden.

Die Leistungen der Projektträger bestanden anfangs darin, Kooperationsaktivitäten anzustoßen und den Aufbau von Kooperationsstellen zu initiieren, die Akteure vor Ort bei der Themenauswahl zu beraten und in der konkreten Arbeit der Kooperationsstelle zu unterstützen (z. B. Arbeitskreissitzungen zu moderieren, die Einbeziehung von Kammern, Verbänden, Regierung und externen

Beratern bei Bedarf zu organisieren und die Kontinuität der Arbeit durch die Dokumentation erprobter Verfahren sicherzustellen). Aus der erfolgreichen Kooperation sollen sich selbst tragende Kooperationsstellen entstehen, die nach und nach Koordinations- und Moderationsaufgaben selbst übernehmen und auch Fragen der Rückwirkungen auf das eigene Tätigkeitsfeld sowie auf die eigene Organisation in Angriff nehmen.

Die Modellversuchsträger haben dabei die Aufgabe, den Prozeß zu begleiten, die Beteiligten bei der Identifizierung von Ansatzpunkten und Entwicklung von Innovationen sowie bei der Gestaltung und Nutzung des institutionellen Rahmens zu beraten; dazu machen sie Erfahrungen aus anderen Standorten verfügbar und fördern sie den überregionalen Austausch.

Dabei ist eines zu beachten: die Stimulierung von Innovationsfähigkeit durch offene Schnittstellen baut gerade auf die Kreativität

und das Wissen der Akteure vor Ort; die Kooperationsstellen sollen selbständig und eigenverantwortlich zur Innovation des Berufsbildungssystems beitragen. Von daher liegt es nahe, ihre Tätigkeit an der Erreichung dieses Zwecks zu messen. Andererseits sollen sie dies gemäß der Situation vor Ort tun, basierend auf ihren eigenen Problemen, motiviert durch ihre eigenen Interessen. Für die Beteiligten wird die Lösung ihrer Probleme und die Berücksichtigung ihrer Interessen den Maßstab der Beurteilung liefern. Inwieweit das Erreichen ihrer Ziele zu einer Systemoptimierung führt oder beiträgt, steht nicht von vornherein fest.

Wie in allen Systemen, in denen Selbstverantwortung und Bottom-up-Entwicklungen zum Zwecke einer Systemoptimierung eingesetzt werden, bewegen wir uns im Widerspruch der Organisation von Selbstorganisation: Maßgerechtigkeit zur Optimierung von Systemen basiert in Bottom-up-Entwicklungen auf den subjektiven Einsichten der Beteiligten und unterliegt dennoch einer Kontrolle durch die Systeme, die derartige Entwicklungen initiieren. Managementsysteme wollen diesen Widerspruch durch das Einrichten von „Navigationssystemen“ lösen, die den Akteuren „helfen“ sollen, sich bei aller Selbstverantwortung am gemeinsamen Zweck zu orientieren.¹⁴

Im Unterschied zu betrieblichen Managementsystemen, in denen der Betrieb selbst das Gesamtsystem repräsentiert, die „Navigation“ daher auf den Betriebszweck ausgerichtet ist, muß sich für ein Prozeßmanagement von Lernortkooperationen das Subjekt erst konstituieren. Als zu modernisierendes duales System der beruflichen Ausbildung existiert es nur abstrakt.

In der Institutionalisierung von Lernortkooperationen kann das duale System mit seiner berufspädagogisch begründeten Zielsetzung konkrete Gestalt annehmen. Hier kann die Auseinandersetzung von Lehrern und Ausbildern zu einem Katalysator für Verän-

derungsprozesse werden, wenn die Ergebnisse dieser Reflexion auf die Bezugssysteme zurückwirken können. Erforderlich ist dazu eine pädagogische Veränderungsstrategie als Organisationsentwicklung, also eine *Verknüpfung von Personal- und Organisationsentwicklung*, die über das Engagement der Akteure die Veränderung der beteiligten und durch sie vertretenen Organisationen zustande bringt.¹⁵

Der von den Akteuren selbst gewünschte Erfahrungsaustausch zwischen den Regionen und Kooperationsstellen kann zur Weiterentwicklung der Kooperationskultur beitragen und die geforderte Rückwirkung auf die Bezugssysteme stützen. Die Kooperationsstellen können damit zur wechselseitigen „Navigation“ dienen.

Anmerkungen:

¹ Zu institutionellen Hindernissen für Lernortkooperationen vgl. Walden, G.; Brandes, H.: *Lernortkooperation – Bedarf, Schwierigkeiten, Organisation*. In: Pätzold, G.; Walden, G. (Hrsg.): *Lernorte im dualen System der Berufsbildung*, Bielefeld 1995, S. 134–138

² Vgl. Warnecke, H.-J.: *Revolution der Unternehmenskultur. Das Fraktale Unternehmen*, 2. Auflage, Berlin u. a. 1993, S. 60 ff. u. 109 ff.

³ Vgl. Döring, O.; Stahl, T.: *Innovation durch Lernortkooperation. Stand und Perspektiven der Zusammenarbeit von Ausbildungsbetrieben und Berufsschulen im dualen System der Berufsausbildung am Beispiel Bayern*, Bielefeld 1998, S. 79 ff.

⁴ kobas ist ein Zwillingsmodellversuch; Träger des Wirtschaftsmodellversuchs: *Berufliche Fortbildungszentren der Bayerischen Wirtschaft (bfz) gGmbH*; Träger des schulischen Modellversuchs: *Staatsinstitut für Schulpädagogik und Bildungsforschung (ISB)*; für beide Modellversuche – wissenschaftliche Begleitung: *Institut für sozialwissenschaftliche Beratung (isob)*; fachliche Betreuung des Wirtschaftsmodellversuchs: *Bundesinstitut für Berufsbildung*; Förderung: *Bundesministerium für Bildung und Forschung*; der schulische Modellversuch wird zusätzlich gefördert durch das *Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus*, Laufzeit: 1. 9. 1996 bis 29. 2. 2000. Zur ausführlichen Darstellung der Ziele des Modellversuchs vgl. Zeller, B.: *Effizientere Formen der Lernortkooperation – ein Beitrag zur Modernisierung des Berufsausbildungssystems*. In: *BWP* 26 (1997) 4, S. 16–21; Zöller, A.: *„Verbesserung der Kooperation zwischen Berufsschulen und Ausbildungsbetrieben im*

dualen System der Berufsausbildung“ (kobas). In: Euler, D. (Hrsg.): *Berufliches Lernen im Wandel – Konsequenzen für die Lernorte?*, *BeitrAB* 214, Nürnberg 1998, S. 447–457

⁵ Vgl. Berger, K.; Walden, G.: *Zur Praxis der Kooperation zwischen Schule und Betrieb – Ansätze zur Typisierung von Kooperationsaktivitäten und -verständnissen*, S. 409, in: Pätzold, G.; Walden, G.: *Lernorte . . .*, a. a. O., S. 409–430

⁶ Vgl. z. B. Drescher, E.; Ehrlich, K.: *Kontinuierliche Selbstorganisation von Innovationen im Lernortverbund Berufsschule – Betrieb am Beispiel des neuen Berufs Prozeßleiter/elektroniker/-in – ein Beitrag zu einer neuen Dualität in der Berufsbildung*, Bremen 1996; *Geschäftsstelle Kolorit: KOLORIT (Kooperation der Lernorte im Bereich neuer Informationstechnologien), Abschlußbericht, Gelsenkirchen o. J.*; *Modellversuch WOKI: Wolfsburger Kooperationsmodell für den Ausbildungsberuf Industriekaufmann/-frau unter besonderer Berücksichtigung neuer Technologien – gemeinsamer Endbericht, Göttingen 1991*

⁷ Vgl. Faulstich, P.: *Diffusionstendenzen und Kooperationsstrategien zwischen Unternehmen und Erwachsenenbildungsträgern*. In: Geißler, H. (Hrsg.): *Weiterbildungsmarketing*, Neuwied/Kriftel/Berlin 1997, S. 142

⁸ Vgl. Berger, P. L.; Luckmann, T.: *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, 5. Auflage, Frankfurt 1980, S. 58; Faulstich, P.: *Diffusionstendenzen . . .*, a. a. O., S. 142 f.

⁹ Vgl. Pätzold, G.: *Kooperation des Lehr- und Ausbildungspersonals in der beruflichen Bildung – Berufspädagogische Begründungen, Bilanz, Perspektiven*, S. 144 f., in: Pätzold, G.; Walden, G.: *Lernorte . . .*, a. a. O., S. 143–166; sowie Walden, G.; Brandes, H.: *Lernortkooperation . . .*, a. a. O., S. 136

¹⁰ Vgl. Stahl, T.: *Innovation and Innovativeness (Draft 3)*, Regensburg 1997

¹¹ Eine ausführliche Darstellung von Kooperationswünschen vgl. Döring, O.; Stahl, T.: *Innovation . . .*, a. a. O., S. 95 ff.

¹² Mittlerweile hat das bayerische Kultusministerium den Modellversuchsschulen einen kleinen Etat für Kooperationsvorhaben zur Verfügung gestellt. In München gibt es darüber hinaus positive Erfahrungen mit einem Förderverein, in Schwandorf mit Sponsoring von lernortübergreifenden Projekten durch die Bereitstellung von Software durch Herstellerfirmen.

¹³ Im Rahmen des Modellversuchs wurde z. B. eine Veränderung der Fächerzuordnung und eine Verschiebung von Jahrgangsstufen in der Kooperationsstelle Passau von der zuständigen Schulaufsicht auch genehmigt.

¹⁴ Vgl. Warnecke, H.-J.: *Revolution . . .*, a. a. O., S. 187 ff.; sowie Stahl, T.: *Organisationslernen und Weiterbildung – Kommunikative Vernetzung im fraktalen Unternehmen*. In: Geißler, H. (Hrsg.): *Organisationslernen und Weiterbildung. Die strategische Antwort auf die Herausforderungen der Zukunft*, Neuwied/Kriftel/Berlin 1995, S. 121–142

¹⁵ Vgl. Pätzold, G.: *Kooperation . . .*, a. a. O., S. 164 ff.

Die Kooperation der Lernorte im dualen System der beruflichen Bildung – insbesondere zwischen Betrieb und Berufsschule – ist in den vergangenen Jahren zu einem wichtigen Thema in Berufsbildungspolitik und -wissenschaft geworden. Der vorliegende Sammelband liefert eine differenzierte Bestandsaufnahme der gegenwärtigen Kooperationspraxis. Die Beiträge beschreiben die Möglichkeiten für einen Ausbau der Lernortkooperation im dualen System der beruflichen Bildung. Sie zeigen aber auch die Grenzen dieser Kooperation auf.

GÜNTER PÄTZOLD, GÜNTER WALDEN (HRSG.)

LERNORTKOOPERATION – STAND UND PERSPEKTIVEN

1999, 429 Seiten, Bestell-Nr. 102.225, 49.50 DM

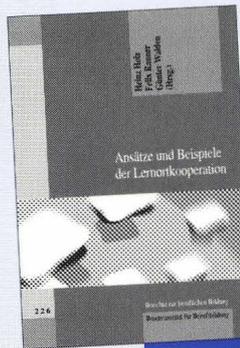


Die Verbesserung der Kooperation der Lernorte – ein zentrales Thema der beruflichen Bildung – ist als ein langfristiger Prozeß anzusehen, der vielfältige Impulse benötigt. Dazu müssen bereits bestehende Ansätze und Beispiele aus der Berufsbildungspraxis betrachtet und in Modellversuchen weiterentwickelt und erprobt werden. In diesem Band stellen insgesamt zehn Modellversuchsträger ihre Konzepte und bisherigen Erfahrungen zur Lernortkooperation vor. Neben den konkreten Beispielen werden in einigen übergreifenden Beiträgen wesentliche Merkmale, Probleme und Perspektiven der Kooperation und die Bedeutung des Themas für die Gestaltung von Modellversuchen untersucht. Erste Erfahrungen zeigen, daß es für Kooperation der Lernorte kein einheitliches Muster gibt, sondern in der Praxis – abhängig von konkreten Bedingungen und Zielen – unterschiedliche Wege beschritten werden müssen. Das Buch gibt hierzu Anregungen und Hilfestellungen.

HEINZ HOLZ, FELIX RAUNER, GÜNTER WALDEN (HRSG.)

ANSÄTZE UND BEISPIELE DER LERNORTKOOPERATION

1998, 367 Seiten, Bestell-Nr. 102.226, 42.50 DM



► Bestellungen sind zu richten an:
W. Bertelsmann Verlag, PF 10 06 33, 33506 Bielefeld,
Telefon 0521/911 01-0, Telefax 0521/911 01-79